



Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027

Diese Stellungnahme wurde eingereicht von:

x Kanton

- In der Bundesversammlung vertretene politische Partei
- Gesamtschweizerischer Dachverband der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- Gesamtschweizerischer Dachverband der Wirtschaft
- Weitere interessierte Organisation
- Nicht offiziell angeschriebene Organisation / Privatperson

Absenderin oder Absender:

Kanton Nidwalden

Allgemeine Rückmeldung

1. Befürworten Sie grundsätzlich die Zielsetzung und die Stossrichtungen (insb.: ausgabenseitige Korrekturen statt Steuererhöhungen) der Vernehmlassungsvorlage?

Ja x Ja mit Vorbehalt Nein keine Stellungnahme

Anmerkungen:

Der Bund hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Auf die höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule ist zu verzichten. Kostenverlagerungen auf die Kantone lehnt Nidwalden ab.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage?

Keine Vorgaben bei Delegation an Kantone: Wenn der Bund eine Aufgabe an die Kantone delegiert oder sich aus der Finanzierung zurückzieht, wird erwartet, dass der Bund auch keine Vorgaben zur Umsetzung macht und auch keine Controlling-Berichte verlangt. Die einzelnen Kantone sollen hier entscheiden können. Ferner geht es nicht an, gemeinsam definierte Strategien von Bund und Kantonen bzw. Entscheide von Volk und Ständen in Frage zu stellen und durch Sparmassnahmen zu unterlaufen.

Kantonsfinanzen: Die vom Bund getroffene Annahme, dass die Kantone generell über einen grösseren finanz-politischen Spielraum verfügen, wird nicht geteilt. Insbesondere kleinere Kantone sind starken Schwankungen ausgesetzt und tragen die Hauptlast des demografischen Wandels.

Der Einbezug der Kantone muss aufgrund ihrer Betroffenheit deutlich verbessert werden.

Bemerkungen zu den Massnahmen ohne Gesetzesänderung:

Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung (1.5.11 Bericht)

Aus sportlicher Sicht irritiert die Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung über rund 10 Prozent bzw. 18 Mio. Franken jährlich, wodurch der Druck auf die Standortkantone resp. -gemeinden stark steigen wird. Die Einsparungen im Bereich J+S werden im Weiteren mit Nachdruck abgelehnt, zumal es sich bei J+S um das gemeinsame und erfolgreiche Sportförderungsprogramm des Bundes und der Kantone für Kinder und Jugendliche seit über 50 Jahren handelt – bundesseitige Kürzungen senden hier ein völlig falsches Signal aus und führen zu unmittelbaren Einbussen in sowohl qualitativer als auch quantitativer Hinsicht. Eine Überwälzung zusätzlicher Kosten gilt es angesichts der überaus positiven und nachhaltigen Kosten-Nutzen-Bilanz von J+S konsequent abzulehnen.

Erhöhung des Kostendeckungsgrades im regionalen Personenverkehr (1.5.15 Bericht)

Die vorgeschlagene Sparmassnahme würde entweder zu finanziellen Mehrbelastungen der Kantone, Angebotskürzungen oder höheren Billettpreisen führen. Der Regierungsrat lehnt alle drei Szenarien ab. Angebotsreduktionen laufen den klima- und energiepolitischen Zielen der Schweiz sowie der politisch gewollten Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öV zuwider. Ausserdem wären periphere Regionen mit einem vergleichsweise tiefen Kostendeckungsgrad stärker von Angebotsabbauten betroffen. Das ist nicht im Sinn des Service Public. Höhere Tarife

wiederum würden die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs schmälern. Auf die vorgeschlagene Erhöhung des Kostendeckungsgrads im RPV um 5% ist vollumfänglich zu verzichten.

Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich (1.5.16 Bericht)

Mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich setzen Bund und Kantone gemeinsam Verbundaufgaben um. Sie sind ein effizientes und wirksames Instrument zur Umsetzung von Aufgaben, die das Bundesrecht definiert. Die vorgesehene Querschnittskürzung um 10%, unmittelbar nach Unterzeichnung der laufenden Programmvereinbarung ist unsererseits unverständlich und gefährden diese bewährte Zusammenarbeit. Die Kantone und Gemeinden haben für die fünfte Programmperiode der Programmvereinbarungen (2025-28) bereits eine Vielzahl von Projekten erarbeitet, die nun umsetzungsreif sind. Auf die Kürzung der Bundesbeiträge für Verbundaufgaben im Umweltbereich um 10 Prozent ist zu verzichten.

Rückmeldung zu den Massnahmen mit Gesetzesanpassungen

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	<p>Bildung ist die Grundlage für Innovation, technologischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum. Die geplanten Sparmassnahmen in diesem Bereich mögen kurzfristig finanzielle Entlastungen bringen. Mittel- und langfristig hingegen gefährden sie die Qualität der Bildung und damit die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Wir lehnen die Erhöhung von Studiengebühren ab – dies insbesondere für inländische Studierende.</p>
Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der indirekten Presseförderung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
Entflechtung zwischen Bund und AHV	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	<p>Es handelt sich dabei nicht um eine echte Einsparung. Vielmehr wird die Massnahme eine massive Mehrbelastung der Kantone und ihrer Gemeinden zur Folge haben. Von der einseitigen Kürzung der Globalpauschale ist abzusehen und stattdessen die Arbeiten an der Gesamtstrategie Asyl mit dem entsprechenden Zeitplan dezidiert und zielgerichtet weiterzuführen. Die Spareffekte werden sich möglicherweise etwas später als in den Jahren 2027 und 2028 zeigen, dafür werden sie dann auf einer gemeinsam entwickelten Haltung über alle Staatsebenen hinweg basieren.</p>
Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
BIF: Kürzung der Einlagen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	<p>Um die Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Attraktivität des Schweizer Bahnverkehrs zu sichern, ist es essenziell, dass der BIF als verlässliches Instrument erhalten bleibt. Der Bund muss daher seine Verantwortung wahrnehmen und von weiteren Einschnitten absehen. Der BIF und der Bahnausbau dürfen nicht zum Opfer kurzfristiger Sparmassnahmen werden, sondern müssen langfristig gesichert</p>

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
		sein – nicht zuletzt zum Wohl künftiger Generationen, die auf ein nachhaltiges und leistungsfähiges öV-System angewiesen sind. Ohne ausreichend Mittel im BIF könnten mehrere für das Bahnsystem essenzielle Grossprojekte, die sich bereits in Planung befinden, entweder gar nicht oder nur mit grossen Verzögerungen umgesetzt werden.
Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	<p>Die Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen wird abgelehnt.</p> <p>Die Regionalflughäfen der Kategorie II (Bern, Lugano, St.Gallen-Altenrhein, Buochs, Grenchen, Sion, Les Éplatures und Samedan) nehmen als vom Bund beaufsichtigte, konzessionierte oder mit Betriebsbewilligung ausgestattete systemrelevante</p>

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
		<p>Verkehrsinfrastrukturen, neben den Landesflughäfen wichtige aviatische, volkswirtschaftliche, touristische und sicherheitsbezogene Funktionen für die gesamte Schweiz wahr. Sie tragen entscheidend zur Attraktivität des Standorts Schweiz und der Regionen bei und fördern die Ansiedlung und den Verbleib von Unternehmen, indem sie schnelle Flugverbindungen von und nach ganz Europa ermöglichen.</p> <p>Dem Flugplatz Buochs kommt insofern eine spezielle Bedeutung zu, weil er einerseits der Pilatus Flugzeugwerke AG als Werkflugplatz dient und andererseits international tätigen Unternehmen als Basis für deren Geschäftstätigkeiten dient. Weiter kommt hinzu, dass der Flugplatz Buochs bereits heute regelmässig mit militärischen Luftfahrzeugen mitbenutzt und mit der geplanten Dezentralisierung auch wieder vereinzelt mit Kampffjets mitbenutzt werden soll.</p> <p>Mit der Annahme der Motion 20.4412 «Regionalflugplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern» haben die eidgenössischen Räte den Bundesrat 2021 beauftragt, die Gesetzesgrundlagen so anzupassen, dass die heutige durch den Bund praktizierte finanzielle Stützung der Regionalflugplätze dauerhaft gesichert wird. Das Parlament hat dabei unterstrichen, die bisherige ausschliessliche Zuständigkeit des Bundes sei dauerhaft beizubehalten. Die vorgeschlagene</p>

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
		<p>Sparmassnahme widerspricht diesem expliziten parlamentarischen Auftrag.</p> <p>Zudem führt die vorgeschlagene Massnahme nicht zu einer Einsparung, sondern schlicht zu einer Verschiebung der Kosten an die Kantone oder Flughafenbetreiber und ist deshalb abzulehnen. Diese vorgeschlagene Sparmassnahme lenkt von der evidenten Kostenproblematik ab. Die Betreiber der regionalen Flugplätze sehen durchaus Einsparpotenzial bei der Flugsicherung. Insbesondere drängen sie seit Jahren darauf, dass für die Flugsicherung auf den regionalen Flugplätzen massgeschneiderte Vorgaben sowie verursachergerechte Kostenmodelle angewendet werden und fordern eine volle Transparenz bei den Kosten von Skyguide. Statt einer Überwälzung der Kosten ist daher vielmehr die Kostenstruktur von Skyguide zu überprüfen und zu senken.</p> <p>Ein Verzicht auf Flugsicherungsdienste in Buochs hätte zur Folge, dass der Flugverkehr nicht mehr mit den angrenzenden Militärflugplätzen Alpnach und Emmen koordiniert würde, was die Flugsicherheit negativ beeinflussen würde. Zudem könnten An- und Abflüge nicht mehr nach Instrumentenflugregeln durchgeführt werden, was wiederum negative Folgen für die Flugsicherheit hätte oder den Flugbetrieb bei marginalen Wetterbedingungen verhindern würde.</p>

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	<p>Der Bund finanziert saisonale Marktentlastungsmassnahmen zur Stützung der Fleisch- und Eierpreise. Die landwirtschaftliche Produktion ist volatil und saisonal. Zudem ist der Konsum nicht stabil. Die Massnahmen zur Entlastung des Fleischmarktes und die Beiträge für die Inlandeierproduktion ermöglichen eine Nivellierung der Auswirkungen.</p> <p>Die saisonalen Marktentlastungen haben eine preisstabilisierende Wirkung. Die Massnahme ist zudem kostengünstig, weil nur saisonale Überhänge von Angebot und Nachfrage und nur soweit wie Ware verfügbar ist, ausgeglichen werden.</p>
Erhöhung Versteigerung Zollkontingente	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<p>Mit den Landschaftsqualitätsbeiträgen fördert der Bund Leistungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung vielfältiger und qualitativ wertvoller</p>

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
	<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Kulturlandschaften. Aktuell beteiligt sich der Bund mit 90 Prozent daran. Mit der vorgesehenen Massnahme schlägt der Bund vor, seine Beteiligung auf 50 Prozent zu senken. Aufgrund der sehr hohen Beteiligung am Landschaftsqualitätsprogramm sind die Landwirtschaftsbetriebe von der vorgesehenen Neufinanzierung massiv betroffen, sofern die Kantone die zusätzlich geforderten finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stellen.
Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Um die Ziele der Energie- und Klimapolitik 2050 zu erreichen, ist eine Weiterführung der Förderung im Gebäudebereich notwendig. Eine Konzentration einzig aufs Impulsprogramm ist nicht zielführend. Sollte an den Sparmassnahmen in diesem Bereich festgehalten werden, soll ein neues Förderprogramm (Vereinheitlichung von Impuls- und Gebäudeprogramm) in Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet werden (im Detail s. Stellungnahme der EnDK).
BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Regionalpolitik: Verzicht auf weitere Fondseinlagen und auf Steuererleichterungen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Da die Massnahme keine zeitliche Beschränkung vorsieht, besteht das hohe Risiko, dass sich der Bund mittelfristig aus der Regionalpolitik zurückzieht. Bei einem vollständigen Verzicht auf Einlagen ab 2026 könnten ab 2032 keine NRP-Umsetzungsprogramme mehr finanziert werden. Es ist daher zumindest zwingend sicherzustellen, dass die gesetzlichen

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
		Grundlagen für die Möglichkeit der Äufnung des Fonds durch den Bund sowie der Sicherstellung der längerfristigen Werterhaltung der Fondsmittel (Art. 21 des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik (SR 901.0)) nicht gestrichen werden. Dies hätte faktisch eine Abschaffung der NRP zur Folge und wäre ein fatales Signal an die Berggebiete, ländlichen Räume und Grenzregionen.
Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die vorgeschlagene Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs ist im Zusammenhang mit dem Entflechtungspaket 2027 neu zu beurteilen.
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Der Bund hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem.
Änderung Subventionsgesetz	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	